

## Notizen

In einem zu Beginn des vergangenen Monats veröffentlichten Aufruf „zum Schutz der Menschenwürde“ forderte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, alle katholischen Christen dazu auf, „jeder stillen Zustimmung zu Aktionen der Intoleranz und der Gewalttätigkeit zu entsagen und sich gegen fremden- und jüdenfeindliche Äußerungen in Wort und Tat zu erheben.“ Mit dem Hinweis auf Schändungen jüdischer Friedhöfe, die Anschläge in Sachsenhausen und Ravensbrück und die menschenverachtenden Bedrohungen und Beschimpfungen, denen jüdische Gemeinden und Repräsentanten ausgesetzt seien, erklärte Lehmann, die versteckt oder offen zutage tretende Judenfeindlichkeit habe Dimensionen erreicht, die geschichtliche Erinnerungen wecke und nach entschlossenem Protest verlange. „Der Antisemitismus ist eine Sünde gegen Gott und die Menschheit. Er darf unter Christen und in unseren Gemeinden keinen Raum haben“.

Gegen die geplante Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die katholisch-theologische Fakultät der Universität Wien an den emeritierten Tübinger Moraltheologen *Alfons Auer* hat der Erzbischof von Wien, Kardinal *Hermann Groer*, Einspruch erhoben. Als Bedingung für die Zuerkennung der Ehrung hatte Kardinal Groer von Auer die Zurücknahme seiner Unterschrift unter die sogenannte Kölner Erklärung aus dem Jahre 1989 (vgl. HK, März 1989, 127 ff.) verlangt, ein Ansinnen, das dieser jedoch ablehnte. Die geplante Verleihung der Ehrendoktorwürde an Auer ging auf einen einstimmigen Beschluß der Wiener Fakultät zurück.

Johannes Paul II. hat die *kroatischen Bischöfe* zum ökumenischen Dialog mit der orthodoxen Kirche aufgefordert. In seiner Ansprache beim ersten „ad-limina“-Besuch der Kroatischen Bischofskonferenz rief der Papst die Bischöfe ebenso zur Herstellung „herzlicher und nutzbringender Beziehungen mit den neuen Strukturen des demokratischen Staates“ auf. Nach einem langen und strengen Winter stehe die katholische Kirche in Kroatien jetzt vor einem „neuen Frühling“ mit neuen Mitwirkungsmöglichkeiten und bislang nicht gekannten Gelegenheiten zur Glaubensverbreitung, etwa durch Präsenz in den öffentlichen Schulen, durch Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen.

Zu einer *Neuregelung der evangelischen Militärseelsorge* kann es nicht vor 1994 kommen. Diese Einschätzung gab *Eckhart von Vietinghoff*, Vorsitzender des Ausschusses zur künftigen Gestaltung der Militärseelsorge, in einem Zwischenbericht zur Arbeit des Gremiums bei der Tagung

der EKD-Synode in Suhl (vgl. ds. Heft, S. 550 ff.). Die Arbeit des Ausschusses orientiere sich an der Frage, welche Strukturen am sachgerechtesten die inhaltlich freie und umfassende Verkündigung und Seelsorge der Kirche an den Soldaten gewährleisten und die geeignetsten Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Der Ausschuß gehe davon aus, daß es aufgrund des Militärseelsorgevertrags möglich sei, mit dem Staat gegebenenfalls über Veränderungen des bisherigen Rahmens der Militärseelsorge zu verhandeln. – Die ostdeutschen Gliedkirchen der EKD haben den Militärseelsorgevertrag nicht übernommen, sondern üben die Seelsorge an Soldaten bislang durch Gemeindepfarrer aus. Zur Diskussion im Blick auf eine gesamtdeutsche Neuregelung der evangelischen Militärseelsorge steht vor allem der Status der Militärpfarrer als staatliche Beamte und die Anbindung des Militärbischofsamts an das Verteidigungsministerium.

Einen grundlegenden, basisorientierten und auf mehrere Jahre hin angelegten Prozeß der Klärung, Neuorientierung und Suche nach Handlungsperspektiven für eine *zukünftige Friedensarbeit* hat die Delegiertenkonferenz der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung *Pax Christi* bei ihrer Jahreskonferenz im vergangenen Monat eingeleitet. Die mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes notwendig gewordene Neuorientierung der Friedensbewegung müsse auch auf einen gesellschaftlichen Wandel reagieren, zu dem eine wachsende Individualisierung und Entpolitisierung gehören, betonte Pax-Christi-Generalsekretär *Joachim Garstecki*.

Mit verstärkter Bildungsarbeit will die evangelische Militärseelsorge rechtsradikalen Tendenzen bei der Bundeswehr begegnen. In einer Reaktion auf Angaben des Bundesverteidigungsministeriums, nach denen mindestens 24 Bundeswehrsoldaten an ausländerfeindlichen Aktionen beteiligt waren, forderte Militärdékan *Ernst Koch* eine stärkere Berücksichtigung des Themas Ausländerfeindlichkeit im lebenskundlichen Unterricht.

In einer Botschaft zum „Tag des Lebens“, der am 7. Februar 1993 begangen wird, haben die *italienischen Bischöfe* wieder zur politischen und gesellschaftlichen Krise des Landes Stellung bezogen. Die vom Ständigen Rat der Bischofskonferenz verabschiedete Botschaft mit dem Titel „Achtung vor dem Leben als Ausgangspunkt für die Erneuerung der Gesellschaft“ ruft zu einer moralischen, persönlichen und öffentlichen Erneuerung in Italien auf. Die Christen sollten das Zeugnis eines „ehrlichen

und großzügigen“ Lebensstils geben. Der moralische Verfall, so die Botschaft, beeinträchtigt das gesellschaftliche Zusammenleben und die Demokratie durch die verbreiteten Spielarten von Gesetzesübertretung und Korruption und breite sich durch die Gewaltanwendung gegen das Leben in ihren verschiedenen Formen auf das tägliche Leben der Menschen aus. Eine Gesellschaft, die es an Solidarität fehlen lasse, die Jugend täusche und enttäusche, Frauen zum Objekt mache und keine Achtung gegenüber Kindern zeige, habe keine authentischen moralischen Grundlagen.

Bei den US-Präsidentenwahlen am 3. November stimmten Wahlanalysen zufolge 44 Prozent der Katholiken für den Sieger, den Gouverneur des US-Bundesstaates Arkansas, *Bill Clinton*, 36 Prozent für den bisherigen Amtsinhaber *George Bush* und 20 Prozent für den Außenseiter unter den Präsidentschaftsbewerbern, den Unternehmer *Ross Perot*. Das Wahlverhalten der Katholiken unterschied sich somit nur unwesentlich von dem der Gesamtwählerschaft (43 Prozent für Clinton, 38 Prozent für Bush, 19 Prozent für Perot). Damit kehrten die katholischen Wähler, die traditionell eher dem Lager der Demokratischen Partei zugerechnet werden, nach drei Präsidentschaftswahlen („Reagan-Democrats“) zu ihrer angestammten Parteipräferenz zurück.

Aus der „verlorenen Dekade der 80er Jahre“ sei Afrika auf dem Weg in eine „dunkle Zeit der Arbeitslosigkeit und des Abschwungs in den 90er Jahren“, sagte *Jose Chipenda*, der Generalsekretär der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz (AACC) auf der sechsten Vollversammlung dieser Organisation in Harare, der Hauptstadt Simbabwe. Als Ursachen für diese Entwicklung nannte Chipenda die massiven staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft, das hohe und unkontrollierte Bevölkerungswachstum, die Unfähigkeit der Afrikaner, die Wirtschaft zu organisieren, die institutionalisierte Korruption und die fehlende Beteiligung des Volkes an der Organisation und dem Management der Wirtschaft. Der südafrikanische anglikanische Erzbischof *Desmond Tutu* wurde im Rahmen dieser Vollversammlung für eine zweite Amtsperiode zum Präsidenten des AACC gewählt, die ihren ständigen Sitz in Nairobi (Kenia) hat.

Beilagenhinweis

*Dieser Ausgabe sind ein Prospekt des Eos Verlages, St. Ottilien, und eine Verlegerbeilage beigelegt.*